Absender CDU-Fraktion	Drucksachen-Nr. 498/2007
	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
CDU-Fraktion	Rates am 20.09.2007

Tagesordnungspunkt

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2007, die Verwaltung zu beauftragen, eine "Baugenehmigung in 24 Stunden" nach dem Vorbild der Stadt Köln auch in der Stadt Bergisch Gladbach einzuführen

Inhalt:

@->

Die CDU –Fraktion beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, eine „Baugenehmigung in 24 Stunden“ nach dem Vorbild der Stadt Köln auch in der Stadt Bergisch Gladbach einzuführen. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2007 für die Ratssitzung vom 20.09.2007 ist beigefügt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Verwaltung und Rat haben gemeinsam für die Bauaufsicht das Ziel formuliert, **Baugenehmigungen zeitnah und rechtssicher** zu erteilen. Die Auswertung der letzten Kundenbefragung zeigt insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit der Bauaufsicht, spiegelt aber auch den Wunsch der Bürger nach einer noch schnelleren Baugenehmigung.

Insofern ist es in der Tat angebracht, zu überlegen, mit welchen Mitteln diesem Wunsch entsprochen werden kann.

Der Bürger hat, wie auch im Antrag angesprochen, nicht generell den Wunsch, innerhalb von 24 Stunden eine Baugenehmigung zu bekommen. Er weiß um die Vielzahl baurechtlicher Vorschriften, die in einem Verfahren geprüft werden müssen und weiß auch um die Anfechtbarkeit der Baugenehmigung in verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Er erwartet die Baugenehmigung projektabhängig „zeitnah“ in 2, 4, oder 6 Wochen und benötigt diese Zeit in der Regel zur Vorbereitung seines Bauvorhabens.

Wenn ein Bürger ausnahmsweise seine Baugenehmigung sehr schnell benötigt, so ist dies bei nachvollziehbaren Gründen und rechtlich unproblematischen Sachverhalten auch heute schon möglich und wird in Bergisch Gladbach entsprechend praktiziert.

Bei Vorliegen vollständiger Bauvorlagen werden innerhalb von 8 Tagen 56 % der Anträge genehmigt, darunter insbesondere die im Antrag erwähnten Projekte.

Auf den Wunsch der „zeitnahen“ Baugenehmigung ist der Gesetzgeber bisher umfangreich eingegangen und hat hierfür ein kompliziertes Verfahrensrecht vorgegeben. Es gibt inzwischen 6 bauaufsichtliche Verfahrensarten:

- Von der Genehmigungspflicht befreite Vorhaben
- Von der Genehmigungspflicht befreite Vorhaben, die aber einer selbständigen Befreiung oder Abweichung bedürfen
- Anzeigeverfahren
- Genehmigungsfreie Wohngebäude, Stellplätze und Garagen (Freistellungsverfahren)
- Vereinfachtes Genehmigungsverfahren
- Normales Genehmigungsverfahren

Das Freistellungsverfahren und das Anzeigeverfahren sind Verfahren, die der Beschleunigung dienen sollen. Im Freistellungsverfahren ist eine Frist von 4 Wochen, im Anzeigeverfahren eine Frist von 2 Wochen vorgegeben.

Alle Verfahrensarten sind an Voraussetzungen gebunden und haben bestimmte Verfahrensvorschriften zu beachten. Hieraus hat sich in der Praxis ein umfangreiches und selbst für Fachleute unübersichtliches Verfahrensrecht ergeben.

Im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen wird derzeit das gesamte Bauordnungsrecht im Hinblick auf eine Reduzierung „durchforstet“, dabei steht auch das gesamte Verfahrensrecht zur Disposition. Die Tendenz geht dabei eindeutig zu einer Reduzierung der Verfahrensarten, zur Abschaffung der „Beschleunigungsverfahren“ (Freistellung und Anzeige), evtl. aber einer Ausweitung der von einer Baugenehmigungspflicht befreiten Verfahren.

Die Verwaltung schlägt vor, ergänzend die inzwischen in anderen Städten (Köln, Solingen u.a.) mit der „24 – Stunden – Baugenehmigung“ gemachten Erfahrungen abzufragen. Zuständigkeitshalber sollte eine Verweisung an den Hauptausschuss erfolgen, in dem genauer berichtet werden könnte.

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	